

EDIG. VERKEHRS- UND ENERGIEWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
EDIG. VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

16. Mai 1979

Ausgangspunkt

Internationale Energie-Agentur, Ministerkonferenz, Paris, 21./22. Mai 1979; Delegation, Instruktionen

Inter. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement und Volkswirtschaftsdepartement. Gemeinsamer Antrag vom 9. Mai 1979 (Beilage)

Politisches Departement. Mitbericht vom 15. Mai 1979 (Zustimmung)

Departement des Innern. Mitbericht vom 14. Mai 1979 (Zustimmung)

Finanz- und Zolldepartement. Mitbericht vom 15. Mai 1979

1. Übersicht und Instruktionen (Zustimmung)

Antragsgemäss hat der Bundesrat

1. Übersicht

b e s c h l o s s e n :

Von der im Antrag umschriebenen schweizerischen Haltung wird zustimmend Kenntnis genommen.

Protokollauszug (Antrag ohne Beilage) an:

- VED 7 (GS 5, AEW 2) zum Vollzug
- EVD 9 (GS 5, HA 2, DWK 2) zum Vollzug
- EPD 6 zur Kenntnis
- EDI 5 (GS 3, AWF 2) zur Kenntnis
- FZD 7 zur Kenntnis
- EFK 2 " "
- FinDel 2 " "

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:

Schwanke

Die vorläufige Praxistandensliste sieht die folgenden Punkte vor:

- Einschätzung der Weltenergiesituation
- Weltölmarkt/kurzfristliche Aspekte
- mittel- und längerfristige Energieperspektiven

1) BBl 1975 I 749, Botschaft über die Beteiligung der Schweiz an Gabelinkommen über ein Internationales Energieprogramm sowie AS 1976 BBl, BK vom 12.3.1976

2) Antrag des EVD und VVD vom 26.9.1977; Bericht über die Ergebnisse der Tagung s. Antrag vom 22.11.1977



EIDG. VERKEHRS- UND ENERGIEWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
EIDG. VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

3003 Bern, 9. Mai 1979

Ausgeteilt

An den B u n d e s r a t

Internationale Energie-Agentur / Ministerkonferenz
vom 21./22. Mai 1979

1 Uebersicht und Inhalt

11 Uebersicht

Seit ihrer Gründung im Jahre 1974¹⁾ hat der Verwaltungsrat der Internationalen Energie-Agentur (IEA) zweimal auf Minister-ebene getagt. Die letzte Ministertagung fand am 5./6. Oktober 1977 statt²⁾. Die Minister verabschiedeten damals ein Aktionsprogramm zur Verminderung der Abhängigkeit der IEA von importiertem Erdöl und zur Herstellung eines besseren Gleichgewichtes von Energienachfrage und -angebot. Die diesjährige Ministertagung vom 21./22. Mai in Paris wird wiederum die Weltenergie-lage in den Vordergrund der Diskussionen stellen und damit eine direkte Verbindung zur Tagung 1977 herstellen.

Die vorläufige Traktandenliste sieht die folgenden Themen vor:

- Einschätzung der Weltenergielage:
Weltölmarkt/kurzfristige Aspekte
mittel- und längerfristige Energieperspektiven

1) BBl 1975 I 749, Botschaft über die Beteiligung der Schweiz am Uebereinkommen über ein Internationales Energieprogramm sowie AS 1976 621, BB vom 12.3.1975

2) Antrag des EVED und EVD vom 26.9.1977; Bericht über die Ergebnisse der Tagung s. Antrag vom 22.11.1977

- Fortschritte seit der Ministertagung 1977, anhand der Prüfung der Energiepolitiken der Mitgliedländer¹⁾
- Kohlepolitik:
Verabschiedung von Grundsätzen für die Kohlepolitik
- Energiesparen:
Verstärkung der Anstrengungen
- Internationale Energiebeziehungen.

Die Ministertagung fällt in eine Zeit, in der die Probleme der Energieversorgung und der Entwicklung der Energiepreise von höchster Aktualität sind. Es muss auch mittelfristig mit einer zunehmend angespannten Lage in der Erdölversorgung und damit mit stark steigenden Erdölpreisen gerechnet werden. Somit ist es nur logisch, dass die Tagung der Beurteilung der Weltenergielage und der Perspektiven eine zentrale Stellung einräumt.

Es ist für die praktische Arbeit der Agentur von grosser Bedeutung, zu wissen, wie diese Fragen durch die zuständigen Regierungsmitglieder beurteilt werden und ob sie in ihrer Beurteilung übereinstimmen.

Die Ende 1978 durchgeführte Prüfung der Energieprogramme der Mitgliedländer zeigt, dass trotz erheblicher Fortschritte noch vieles zu tun bleibt. Deshalb sollen für 3 der 12 an der Ministertagung 1977 verabschiedeten energiepolitischen Grundsätze zur Verstärkung der gemeinsamen Anstrengungen besondere Massnahmen zur Diskussion gestellt werden. Es handelt sich dabei um die folgenden Grundsätze:

- schrittweiser Ersatz des Erdöls in der Elektrizitätserzeugung durch andere Energieträger
- vermehrter Einsatz der Kohle zur Wärmezeugung
- kräftige Verstärkung des Energiesparens.

Den ersten beiden Programmpunkten soll durch von den Ministern zu verabschiedende Grundsätze für die Kohlepolitik Rechnung getragen werden. Zur besonderen Förderung des Energiesparens werden den Ministern diverse Vorschläge unterbreitet.

1) Nach dem kürzlich erfolgten Beitritt von Australien zählt die IEA nun 20 Mitgliedländer. Von den 24 OECD-Staaten gehören ihr nicht an: Finnland, Frankreich, Island und Portugal

Schliesslich werden die Minister den Stand der internationalen Energiebeziehungen (Verhältnis zu den OPEC-Ländern, zu den übrigen Entwicklungsländern) prüfen und ihren Willen zu einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit bekräftigen.

Vermutlich wird, als Folge des Unfalls von Harrisburg, die Rolle der Kernenergie Anlass zu besonders schwierigen Diskussionen geben. Diese könnten sowohl im Zusammenhang mit der Lage auf dem Erdölmarkt, der Prüfung der Energiepolitiken oder der Kohlepolitik entfacht werden.

Die Schweiz kann die vorgesehenen Beschlüsse der Ministerkonferenz unterstützen. Obwohl der Beitrag der Schweiz quantitativ nur von untergeordneter Bedeutung sein kann und der Hauptbeitrag zweifellos von den grossen Ländern geleistet werden muss, ist die internationale Solidarität für ein Land, dessen Energieversorgung zu 85 % vom Ausland abhängt, sehr wichtig.

<u>12 Inhaltsangabe</u>		<u>Seite</u>
1	Uebersicht und Inhalt	1
11	Uebersicht	1
12	Inhaltsangabe	3
2	Einschätzung der Weltenergielage	5
21	Lage auf dem Weltölmarkt/kurzfristige Aspekte	5
211	Allgemeine Bemerkungen	5
212	Von der IEA getroffene und noch zu treffende Vorkehren	8
213	Beurteilung aus schweizerischer Sicht	9 ←
22	Mittel- und längerfristige Energieperspektiven	9
221	Entwicklung seit der Ministerkonferenz 1977	9
222	Schlussfolgerungen und Haltung der Schweiz	11 ←
3	Fortschritte seit der Ministertagung 1977 anhand der Ueberprüfung der Energiepolitiken der Mitgliedländer	12
31	Allgemeine Bemerkungen	12

	<u>Seite</u>	
32	Mutmassliche Schlussfolgerungen der Minister	15
33	Beurteilung aus schweizerischer Sicht	16 ←
331	Lagebeurteilung	16
332	Länderprüfung 1978	17
333	Haltung der Schweiz	18 ←
4	Kohlepolitik	18
41	Allgemeine Bemerkungen	18
42	Mutmasslicher Ministerbeschluss	19
421	Aufbau	19
422	Abschnitt I: Bedeutung der Kohle	19
423	Abschnitt II: Grundsätze der Kohlepolitik	20
424	Abschnitt III: Ueberprüfung der Kohlepolitik	21
43	Haltung der Schweiz	22 ←
5	Energiesparen	22
51	Allgemeine Bemerkungen	22
52	Schlussfolgerungen der Minister	23
53	Haltung der Schweiz	24 ←
6	Internationale Energiebeziehungen	24
7	Diskussion über die Rolle der Kernenergie	25
8	Zusammensetzung der schweizerischen Delegation	26 ←
9	Antrag	26

1) Nach dem kürzlich erfolgten Beitritt von Australien zum OECD-Vertrag sind nun 24 OECD-Staaten zu zählen. Von diesen sind 20 Mitgliedstaaten der IEA. Die übrigen vier sind: Finnland, Frankreich, Island und Japan.

2 Einschätzung der Weltenergielage

21 Lage auf dem Weltölmarkt/kurzfristige Aspekte

211 Allgemeine Bemerkungen

Die IEA-Ministertagung fällt in eine Zeit grosser Unsicherheit, welche vor allem durch zwei Umstände bedingt ist, nämlich durch:

- a) die Ereignisse in Iran und deren Auswirkungen auf die politischen Verhältnisse im Mittelosten,
- b) den durch die OPEC-Beschlüsse bewirkten Uebergang von einer Festpreis-Politik zu einer Mindestpreis-Politik für Rohöl.

Durch die dramatischen Ereignisse in Iran sind auf dem Weltölmarkt grundlegende Aenderungen ausgelöst worden, die sich namentlich in einer erhöhten Krisenanfälligkeit des Versorgungssystems ausdrücken dürften. Noch im Sommer des vergangenen Jahres konnte von einem strukturellen Angebotsüberhang gesprochen werden. Als dann im Herbst die Oelförderung Irans infolge der politischen Unruhen vom ursprünglichen Niveau von 5,5 bis 6 Mio Fass pro Tag abzufallen begann und in den letzten Tagen des Jahres völlig ausfiel, erhöhten zunächst mehrere wichtige Oelproduzenten, allen voran Saudiarabien, ihre Produktion, um die Ausfälle teilweise wettzumachen. Ein überdurchschnittlicher Lagerabbau in den Verbraucherländern half seinerseits mit, die Lücke zu füllen. Beide Massnahmen konnten nur eine vorübergehende Entlastung bringen. Das Angebot blieb auch so noch knapp. Saudiarabien gab bekannt, dass es die zusätzlich geförderten Mengen gewissermassen als Vorleistung zu betrachten gedenke und deshalb auch dafür den Preis verrechnen werde, der aufgrund der Beschlüsse der OPEC-Ministerkonferenz in Abu Dhabi (16./17. Dezember 1978) erst ab 1.10.1979 zur Anwendung kommen sollte. Andere Produzenten nützten die Lage ebenfalls durch ad hoc-Preisaufschläge unterschiedlichen Ausmasses aus, so dass im März von einem zusätzlichen mittleren

Preisaufschlag gegenüber dem seit 1. Januar 1979 geltenden Grundpreis um ungefähr 6 % gesprochen werden konnte.

Der Ausfall der Lieferungen aus Iran führte auf dem relativ bescheidene Mengen erfassenden sogenannten freien Markt (wo die Preis vor allem auf Erwartungen reagieren) sofort zu einem ausgeprägten Anziehen der Spot-Preise. Zeitweil trocknete namentlich der freie Markt für Erdölprodukte fast völlig aus. Diese Entwicklung ermutigte mehrere OPEC-Länder, den Versuch zu unternehmen, weitere Preisaufschläge, statt sie dem Oelmarkt zu überlassen, in ihre eigenen Verkaufspreise einzubauen. Einige OPEC-Länder begannen auch, den offensichtlich lukrativen freien Markt in vermehrtem Umfang selbst zu beliefern, z.T. auf Kosten ihrer Abnehmer mit längerfristigen Verträgen. Die Ankündigung der schrittweisen Wiederaufnahme der Oelproduktion in Iran entschärfte allerdings die Lage auf dem freien Markt etwas¹⁾.

Dennoch zwang die sehr unübersichtlich gewordene Lage auf dem Oelmarkt die OPEC, den Versuch zu unternehmen, wieder etwas Ordnung in das Preisgefüge zu bringen. Dies gelang anlässlich des als Konsultativtagung einberufenen, dann zur ausserordentlichen Ministerkonferenz erklärten OPEC-Treffens in Genf am 26./27. März nur teilweise. Unter dem mässigenden Einfluss Saudiarabiens beschränkten sich die Minister darauf, das Datum des Inkrafttretens der vollen in Abu Dhabi beschlossenen Preiserhöhung von 14,5 % für die Grundqualität "Arabian Light" vom 1. Oktober auf den 1. April vorzuziehen. Praktisch bedeutete dies einen zusätzlichen Aufschlag gegenüber den effektiv im Durchschnitt bereits verrechneten Preisen um rund 3 %. Die OPEC-Minister überliessen es jedoch den einzelnen Ländern, je

1) Die für die Schweiz sehr wichtigen Spot-Preise der wichtigsten Erdölprodukte entwickelten sich am Rotterdamer Markt seit dem 4. Quartal 1978 wie folgt (in US \$ pro to fob):

	15.10.78	15.2.79	15.3.79	15.4.79
Leichtes Heizöl	145	353	235	265
Benzin	211	350	285	306

nach Marktlage zusätzliche individuelle "Prämien" zu verrechnen. Es wurde auch ein Konsens erzielt, wonach die Produktionsfortschritte in Iran von entsprechenden Produktionsdrosselungen in denjenigen OPEC-Ländern begleitet werden sollen, die zum Ausgleich des Ausfalls beigetragen hatten. Die Preissituation soll am nächsten OPEC-Treffen im Juni und danach im Dezember erneut überprüft werden.

Inzwischen haben alle OPEC-Länder ausser Saudiarabien zusätzliche Preisaufschläge von zwischen \$ 0.65 und \$ 2.40 pro Fass eingeführt. Im gewogenen Durchschnitt beträgt die Erhöhung der Rohölpreise gegenüber 1978 bisher rund 24 %¹⁾. In Iran stieg die Produktion im April rasch auf über 4 Mio Fass/Tag. Die Regierung kündigte indessen an, die Förderung werde in Zukunft 4 Mio Fass/Tag nicht überschreiten. Davon sind 700'000 Fass für den Eigenverbrauch reserviert. Saudiarabien hat seine Förderung ab Beginn des zweiten Quartals wieder auf den alten Plafond von 8,5 Mio Fass/Tag herabgesetzt. Die Marktlage bleibt somit angespannt, und es ist ungewiss, ob der Wiederaufbau der Lager in den Verbraucherländern im erwünschten Ausmass erfolgen kann.

Die geschilderte Lage - neben den doch recht massiven Preiserhöhungen sind vor allem die Labilität der Versorgung und die Unsicherheit der künftigen Preisentwicklung hervorzuheben - kann nicht ohne Rückwirkung auf die weltwirtschaftliche Lage, d.h. auf Wachstum, Beschäftigung, Inflation, das Zahlungsbilanzgefüge, die Währungsstabilität und das Nord-Süd-Gefälle bleiben. Diese Weiterungen der Energieproblematik werden natürlich in den kommenden Wochen und Monaten zahlreiche weitere internationale Konferenzen, darunter die jährliche Ministertagung der OECD und die diesjährige Wirtschafts-Cipfelkonferenz in Tokio beschäftigen.

1) Für einige für die Schweiz wichtigen leichteren Rohöl-Qualitäten ergab sich im April folgendes Bild:

	US \$ pro Fass f.o.b.		
	Dezember 1978	April 1979	Aufschlag
Arabian Light 34°	12.70	14.55	+ 14,5 %
Abu Dhabi Murban 39°	13.26	17.10	+ 29 %
Libyen Es Sider 37°	13.68	18.08	+ 32 %
Nigeria Bonny 37°	14.10	18.50	+ 31 %

212 Von der IEA getroffene und noch zu treffende Vorkehren

Schon vor der Genfer OPEC-Tagung war es offenkundig, dass die Lage kritisch werden könnte, falls seitens der Verbraucher nicht eine klare Reaktion im Sinne einer dem Marktungleichgewicht entsprechenden Nachfragedrosselung erfolgte. Mit dem Beschluss, den der Verwaltungsrat der IEA an seiner Sitzung vom 1./2. März 1979 fasste, verpflichteten sich die Regierungen, geeignete Massnahmen zu ergreifen, um die Nachfrage nach aus der OPEC importiertem Oel entsprechend der geschätzten Angebotslücke von ungefähr 2 Mio Fass pro Tag zu drosseln. Es blieb den Mitgliedstaaten überlassen, zu bestimmen, mit welchen kurzfristig wirksamen Massnahmen sie dieses Ziel, das ungefähr 5 % des für 1979 geschätzten Oelverbrauchs der IEA-Länder entspricht, erreichen wollten (Erhöhung der Eigenproduktion von Oel, kurzfristigen Ersatz von Oel durch andere Brennstoffe, flexible Lagerhaltungspolitik, Sparmassnahmen, Preispolitik etc.).

Inzwischen konnte festgestellt werden, dass alle IEA-Länder aufgrund dieses Beschlusses konkrete Massnahmen vorbereitet oder bereits in Kraft gesetzt haben (vgl. für die Schweiz Bundesratsbeschluss vom 5. März 1979). Fast durchwegs handelt es sich dabei um freiwillige Massnahmen. Der Uebergang zu Bewirtschaftungsmassnahmen wird in der Regel nur als letzter Ausweg für den Fall einer wesentlichen Verschlechterung der Versorgungslage ins Auge gefasst. Es wird schwierig sein, die Auswirkungen dieses Beschlusses genau zu quantifizieren, da die Preise und das Wetter wie auch die allgemeine Wirtschaftsentwicklung die Energienachfrage oft stärker beeinflussen als energiepolitische Massnahmen. Eine ernsthafte Reaktion der Verbraucherländer war aber in jedem Falle politisch und psychologisch wichtig.

Die IEA-Ministerkonferenz wird aufgerufen sein, das in der Agentur erarbeitete Lagebild und namentlich die Aussichten für den Herbst 1979 und den Winter 1979/80 zu diskutieren, die Beschlüsse des Verwaltungsrats vom 1./2. März zu bekräftigen, die

bisher getroffenen Massnahmen der Mitgliedstaaten zu prüfen und in ihrer Gesamtwirkung auf die Marktlage zu beurteilen. Die Minister dürften zum Schluss gelangen, dass die Anstrengungen zur Drosselung der Nachfrage noch verstärkt werden müssen, namentlich um den für den Winter 1979/80 unerlässlichen Lageraufbau zu ermöglichen. Voraussichtlich werden Sonderanstrengungen auch 1980 noch notwendig sein.

213 Beurteilung aus schweizerischer Sicht

Obwohl die Schweiz mit dem bundesrätlichen Sparappell vom 5. März zu den ersten Ländern gehörte, die auf die IEA-Beschlüsse reagierten, stellt wohl der Verzicht auf jeden Eingriff in die Preisentwicklung, d.h. das Steigenlassen der internen Preise entsprechend der Entwicklung der internationalen Marktlage, heute den wirksamsten Beitrag zur Dämpfung der Nachfrage nach Erdölprodukten in unserem Land dar. Dennoch wird die Schweiz bereit sein müssen, nötigenfalls zusätzliche Massnahmen zu ergreifen, um das 5 %-Ziel zu erreichen und ihre Solidarität zu bekräftigen. Das ändert nichts an der Einsicht, dass die Wirkung von Sofortmassnahmen nur beschränkt sein kann, und dass deshalb eine tiefergreifende, wenn auch erst längerfristig wirksame kohärente Energiepolitik umso notwendiger und dringender ist. Die gegenwärtige Lage eignet sich besonders gut zur Sensibilisierung der Bevölkerung und damit zur Einleitung und Durchsetzung von langfristig wirksamen Energieprogrammen.

22 Mittel- und längerfristige Energieperspektiven

221 Entwicklung seit der Ministerkonferenz 1977

1977 stand den Ministern die im Januar jenes Jahres von der OECD veröffentlichte Studie über die "Perspectives énergétiques mondiales" zur Verfügung. Das Augenmerk richtete sich damals in erster Linie auf das Jahr 1985.

Das Sekretariat arbeitet zur Zeit an einer neuen Studie dieser Art. Sie wird jedoch bis zur Ministerkonferenz nicht verfügbar sein. Dennoch können über die längerfristigen Perspektiven einige vorsichtige Aussagen gemacht werden, wobei sicher der Blick über 1985 hinaus auf die neunziger Jahre gerichtet werden muss.

Es bestehen gute Gründe zur Annahme, dass die Marktlage von jetzt an und während der achtziger Jahre labil bleiben wird. Namentlich die bisherigen Annahmen über das künftige Produktionsniveau der OPEC scheinen revisionsbedürftig. Diese Aussage steht im Widerspruch zur bisherigen Arbeitshypothese, wonach bis etwa 1982/83 ein strukturelles Ueberangebot herrschen wird. Eine dauernd mehr oder weniger angespannte Marktlage würde weitere Preiserhöhungen begünstigen. Namentlich könnte wohl auch nicht mehr mit den bisher üblichen, nur in Ausnahmesituationen vorübergehend von "Preisexplosionen" abgelöst, besonders günstigen Angeboten auf dem freien Markt - wo sich u.a. die Schweiz zu einem guten Teil zu versorgen pflegt - gerechnet werden.

Bezeichnenderweise scheint das 1977 gesetzte IEA-Importziel von maximal 26 Mio Fass/Tag für 1985 nun nicht mehr so unrealistisch. Wenn das Ziel erreicht werden kann, so liegt der Grund aber weniger bei den energiepolitischen Anstrengungen der Verbraucherländer als bei einem niedrigeren Wirtschaftswachstum und ist somit kein "Erfolg" der Energiepolitik.

Ausserdem ist offen, ob im genannten Zeitpunkt ein Angebot von 26 Mio Fass/Tag überhaupt zur Verfügung stehen wird.

Für die Jahre 1990 und 2000 öffnet sich die Schere zwischen den Projektionen für Angebot und Nachfrage sehr deutlich. Eine grobe Berechnung zeigt für 1990 einen potentiellen Nachfrageüberhang von rund 9, für 2000 einen solchen von sogar 25 Mio

Fass/Tag auf. Und selbst diese Zahlen beruhen auf Annahmen¹⁾, die sich als nicht realistisch erweisen könnten.

Im Klartext heisst das, dass in den letzten 10 bis 15 Jahren dieses Jahrhunderts die hohen Energiepreise zu einem die wirtschaftliche Entwicklung in einem wesentlichen Masse belastenden Faktor werden dürften, was wiederum nicht ohne Folgen für das innere soziale und politische Gleichgewicht unserer Länder und das heikle Nord-Süd-Verhältnis bleiben kann.

222 Schlussfolgerungen und Haltung der Schweiz

Die IEA-Minister werden ihre Schlussfolgerungen von 1977 nicht revidieren müssen. Im Gegenteil: Sie werden aufgefordert sein, die damals gemeinsam bekundete Absicht, die Energiepolitiken wesentlich zu verstärken, zu bekräftigen (s. Ziff. 32 hienach).

Die Schweiz wird diese Schlussfolgerung sicher unterstützen können. Sie wird allerdings auch hier einmal mehr auf einige Hindernisse hinweisen müssen, die einer befriedigenden energiepolitischen Antwort auf die längerfristigen Perspektiven entgegenstehen, wie z.B. die den Anpassungsprozess verzögernden internen Preispolitiken vieler Verbraucherländer, die Rückstände in der Lösung vieler brennender Fragen im Nuklearbereich (u.a. Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entsorgung) oder die Unsicherheit der Lieferbedingungen z.B. für Kohle und Erdgas.

1) z.B. 3,4 % durchschnittliches Wirtschaftswachstum
 0,8 Energie/BSP-Wachstumskoeffizient
 17 Mio Fass/Tag Oelförderung in Saudiarabien im Jahr 2000
 823 Gigaw. Kernkraftkapazität im Jahr 2000 (gegenüber
 73 GW im Jahr 1976)

3 Fortschritte seit der Ministertagung 1977 anhand der Ueberprüfung der Energiepolitiken der Mitgliedländer

31 Allgemeine Bemerkungen

Wie eingangs erwähnt, verabschiedeten die Minister 1977 ein Aktionsprogramm zur Verminderung der Abhängigkeit der IEA von importiertem Erdöl und zur Ausglei chung von Energienachfrage und -angebot.

Neben dem Gruppenziel von maximal 26 Mio Fass/Tag Oelimporten der IEA-Gruppe für 1985¹⁾, den 12 allgemeinen energiepolitischen Grundsätzen zur Reduktion der Erdölabhängigkeit sieht dieses eine Verpflichtung der Mitgliedstaaten vor, ihre Energiepolitiken auf die Verwirklichung des Gruppenziels auszurichten und wenn nötig auch in diesem Sinne zu verstärken. Gleichzeitig wurde ein verfeinertes Verfahren zur periodischen Prüfung der Energiepolitiken der Mitgliedstaaten eingeführt.

Die Ende 1978 durchgeführte Ueberprüfung der Energieprogramme der Mitgliedländer zeigt:

1. Obwohl es einigen Ländern gelang, ihre Energieprogramme zu verstärken, bestanden im Berichtsjahr in vielen Staaten bedeutende Schwierigkeiten, vor allem:

- Zielkonflikte mit andern Politiken (Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Preispolitik, Umweltpolitik etc.);
- Reichliches Oelangebot (vor den Ereignissen in Iran) und relativ sinkende Energiepreise in einigen Ländern (z.B. in der Schweiz, vor allem aufgrund der Wechselkursentwicklung gegenüber dem Dollar);
- Zunehmende Schwierigkeiten mit der Erweiterung des Energieangebots (Kernenergie, Kohle).

1) gegenüber 1976: 23 Mio

1985: 31 Mio bis 36 Mio bei unkontrollierter Entwicklung

2. Im Bereich des Energiesparens wurde wesentlich weniger erreicht als noch vor ein bis zwei Jahren erwartet worden war, vor allem aufgrund der nur teilweisen Verwirklichung der damaligen Pläne in den USA und Japan und der Verminderung des für das Energiesparen bereitgestellten Budgets. Mehrere Staaten, darunter auch die Schweiz, haben ausser Information und Aufklärung praktisch noch keine Sparprogramme eingeführt. Die USA und Kanada haben bisher ihre Energiepreise und vor allem die Erdölpreise wesentlich unter dem Niveau in den übrigen Ländern gehalten, was die Effizienz der eingeführten Sparprogramme in Frage stellt. Wirklich umfassende und starke Energiesparprogramme bestehen nur in drei Mitgliedländern: Dänemark, Schweden und den Niederlanden.
3. Im Bereich der Energieproduktion hat die IEA-eigene Energieproduktion seit 1973 kaum zugenommen, da vor allem die Zunahme in den Bereichen Erdöl/Erdgas und Kernenergie wesentlich geringer ausfiel als erwartet. Auch die Prognosen für 1985/90 werden sowohl bezüglich des Energiebedarfs wie auch der IEA-eigenen Produktion laufend nach unten korrigiert.
4. In den Länderberichten sind an jedes Land detaillierte Empfehlungen zur Verstärkung der Energiepolitik aufgenommen worden. Erwähnt seien beispielsweise
 - USA und Kanada: Erhöhung der internen Erdölpreise; Bau von Pipelines zur Nutzung der Kohlenwasserstoffe aus Alaska; vereinfachtes Bewilligungsverfahren für Kernkraftwerke; Bereinigung von Umweltschutzkonflikten im Bereich der Kohle und Verstärkung der Sparpolitik, etc.;
 - Nordseeländer (Grossbritannien und Norwegen): verstärkte Exploration und Entwicklung der Produktion von Oel und Gas in der Nordsee;
 - Grossbritannien: Verstärkung des Sparprogrammes durch Vorschriften und Förderungsmassnahmen, vermehrter Einsatz von Kohle und Kernenergie;
 - Japan: Verzicht auf den Bau neuer ölbefeuerteter Kraftwerke und Umwandlung bestehender Oelkraftwerke auf Kohle oder

Gas; Verstärkung des Sparprogrammes durch Förderungsmassnahmen und Vorschriften;

- Bundesrepublik Deutschland und Italien: Verstärkung der Energiespar- und der Kernenergieprogramme;
- Schweiz: Verstärkung des Sparprogrammes und Fortsetzung der Bemühungen zur Substitution von Erdöl.

5. Auch im Bereich der Forschung und Entwicklung sind vermehrte Anstrengungen zur Förderung neuer Technologien notwendig, um auf lange Sicht die Energieversorgung zu gewährleisten. Besonderes Gewicht sollte auf die Forschung zur rationellen Energieverwendung, für neue Kohletechnologien sowie für den kommerziellen Einsatz neuer Technologien gelegt werden.

32 Mutmassliche Schlussfolgerungen der Minister

Die Minister werden aufgefordert sein aus den letzten Ueberprüfungen der Energiepolitik der Mitgliedländer folgende Schlussfolgerungen zu ziehen:

1. Die 1978 durchgeführte Ueberprüfung der Energieprogramme der Mitgliedländer zeigt, dass die bisherigen Anstrengungen nicht genügen um zu verhindern, dass in den Achtzigerjahren ernsthafte Oelversorgungsengpässe eintreten. Die Mitgliedländer müssen daher der Energiepolitik heute unbedingt eine erhöhte Priorität einräumen und jene harten Entschiede fällen, welche es erlauben, die energiepolitischen Ziele zu erreichen.
2. Dies steht letztlich nicht nur im Einklang mit den wirtschaftlichen und andern Zielsetzungen, welche bisher durch gewisse gegenseitige Behinderungen die Verfolgung einer aktiveren Energiepolitik beeinträchtigten, sondern ist eine notwendige Voraussetzung für eine zukünftige harmonische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Entwicklung in den IEA-Ländern und der ganzen Welt.
3. Aufgrund der Länder-Ueberprüfung wurden die wesentlichen Merkmale der Energiepolitik jedes Mitgliedlands hervorgehoben und spezifische Empfehlungen gemacht.
4. Jedes Mitgliedland muss nun jene Massnahmen treffen, welche den grösstmöglichen Beitrag zur Erreichung oder Uebertreffung des 1977 vereinbarten Gruppenziels leisten.
5. Die Energiepolitik der Mitgliedländer muss weiterhin überwacht und die Wirksamkeit dieser Politik regelmässig beurteilt werden.

33 Beurteilung aus schweizerischer Sicht

331 Lagebeurteilung

Die Schweiz stimmt grundsätzlich mit der von der IEA getroffenen Beurteilung der Lage überein, wie sie sich aufgrund der Ueberprüfung der Energieprogramme der Mitgliedländer stellt. Das Bild der Energieversorgung ist heute - vor allem auch im Zusammenhang mit den Ereignissen in Iran - eher düsterer als anlässlich der letzten Ministertagung, und es besteht die Gefahr einer angespannten Marktsituation auf längere Zeit hinaus.

Dass einer solchen Lage nicht allein durch kurzfristige Massnahmen zur Drosselung des Erdölverbrauchs begegnet werden kann, versteht sich von selbst. Solche Drosselungsmassnahmen haben naturgemäss nur eine vorübergehende Wirkung und müssen deshalb durch nachhaltige langfristige Programme zur Verminderung der Erdölimporte unterstützt werden. Abgesehen von der wichtigen Funktion einer Ueberbrückung von kurzfristigen Engpässen der Notmassnahmen, können die zur längerfristigen Entspannung des Marktes nötigen Strukturänderungen nur durch langfristig wirksame Massnahmen zur rationellen Energieverwendung und zur Substitution von Erdöl verwirklicht werden. Im heutigen Zeitpunkt ist daher auch dieser langfristigen Energiepolitik erhöhte Priorität einzuräumen. Die Gelegenheit dazu war seit 1973/74 nie mehr so günstig.

Wie bereits unter 213 erwähnt, misst die Schweiz dem Preismechanismus bei der Lösung des Energieproblems eine entscheidende Bedeutung zu. Die Erfahrungen zeigen, dass es äusserst schwierig sein dürfte, wirksame Energieprogramme durchzusetzen, solange die Preise nicht die Marktlage widerspiegeln. Dies wiederum heisst aber nicht, dass die anstehenden Probleme durch den Preismechanismus allein bewältigt werden können. Flankierende Massnahmen werden in jedem Fall erforderlich sein, vor allem auch, um sich abzeichnende Entwicklungen zu antizipieren.

332 Länderprüfung 1978

Wie schon 1977 wurden auch 1978 die Energiepolitiken sowie die Forschungs- und Entwicklungsprogramme der Mitgliedländer geprüft. Der durch die ständige Gruppe für langfristige Zusammenarbeit (SLT) erstellte Bericht über die Prüfung der Energiepolitik enthält sehr wertvolle und brauchbare Aussagen. Der Gesamtbericht und die Länderberichte ergeben einen internationalen Ueberblick über die energiepolitischen Verhältnisse, wie er sonst kaum erreichbar wäre. Der Prüfungsmechanismus gewährt eine bestmögliche Vergleichbarkeit der einzelnen Länderberichte, und der Gesamtbericht verdient eine möglichst weite Verbreitung. Er stellt gerade für die Schweiz eine willkommene und notwendige internationale Ergänzung zu dem im wesentlichen auf die Schweiz beschränkten Gesamtenergiekonzept dar. Die an die Schweiz gerichteten Empfehlungen sind im Sinne einer konstruktiven Kritik aufzufassen, die uns, abgestützt auf die Empfehlungen der GEK, bei der Formulierung einer wirksamen Energiepolitik äusserst wertvoll ist.

Die Ueberprüfung der Forschungs- und Entwicklungsprogramme der Mitgliedländer hat bisher wenig befriedigt. Die Länderberichte in diesem Bereich zeugen vielfach von mangelhaften Kenntnissen der tatsächlichen Verhältnisse im beurteilten Land. Dies trifft insbesondere auch auf den Bericht der Schweiz zu. Dies rührt nicht zuletzt daher, dass es äusserst schwierig ist, in diesem Bereich brauchbare Vergleiche anzustellen. Die Anstrengungen der einzelnen Länder im privaten und öffentlichen Bereich können nicht gesamthaft gemessen werden, sondern nur diejenigen der Regierungen. In jedem Land aber ist die Verteilung zwischen privater und öffentlicher Forschungstätigkeit wieder eine andere. Während in einem grossen Teil der IEA-Länder rund 50% auf den Staat entfallen, sind dies in der Schweiz lediglich 20% und nur diese sind für die Prüfung relevant. Trotzdem sind die Ergebnisse für die Fachleute sehr interessant und dienen dazu, die Diskussion im Energieforschungsbereich zu beleben.

333 Haltung der Schweiz

An der Ministertagung wird die schweizerische Delegation darauf hinweisen, dass zur Verstärkung der schweizerischen Energiepolitik an zwei Fronten vorgegangen wird:

1. Die von der GEK gemachten Empfehlungen stimmen weitgehend mit jenen der IEA überein und sollten deshalb innert nützlicher Frist in die Praxis umgesetzt werden können, sei es durch die Einführung eines Energieartikels in die Bundesverfassung, sei es auf andere Weise (z.B. über die Kantone).
2. Der Preismechanismus soll nach wie vor eine zentrale Rolle zur Durchsetzung der erforderlichen strukturellen Änderungen spielen. Ohne langfristig steigende Erdölpreise wird es nicht möglich sein, von der einseitigen Erdölabhängigkeit wegzukommen.

Die Schweiz wird, wie auch immer der Entscheid über den Verfassungsartikel ausfällt, ihren Beitrag zur Erreichung des IEA-Gruppenziels leisten.

4. Kohlepolitik

41 Allgemeine Bemerkungen

Der vermehrte Einsatz von Kohle wird als eines der wichtigsten Mittel zur Reduktion der Abhängigkeit der IEA-Länder von Erdölimporten angesehen. Aufgrund der langen Vorlaufzeiten ist es zwar kaum möglich, relativ kurzfristig eine wesentliche Steigerung des Beitrages der Kohle zu erwarten, doch sollte der Kohleabsatz zur Energieerzeugung aufgrund einer aktiven Förderungspolitik von 460 Mtoe im Jahre 1977 auf die vom Sekretariat ¹⁾ ermittelten 1500 Mtoe im Jahre 2000 gesteigert werden können. Kohle ist schon heute in vielen Ländern und für viele

1) vgl. Studie des IEA-Sekretariats: Aussichten der Kohle als Energieträger bis zum Jahre 2000

Zwecke gegenüber dem Erdöl konkurrenzfähig, selbst wenn man die zusätzlichen Kosten für den Umweltschutz berücksichtigt.

42 Mutmasslicher Ministerbeschluss

421 Aufbau

Aufgabe der Minister wird es sein, Grundsätze für die Kohlepolitik der Mitgliedländer zu verabschieden. Dieses Vorhaben stellt einen erstmaligen Versuch zur Formulierung einer gemeinsamen Plattform von Produzenten und Konsumenten eines wichtigen Energieträgers dar.

Die Grundsätze werden abgestützt auf das Internationale Energieprogramm (IEP) vom 18.11.74, auf das Programm über die langfristige Zusammenarbeit vom 30.1.76, auf die Ministerbeschlüsse vom 6.10.77, insbesondere den energiepolitischen Grundsatz Nr. 6 über Kohle und auf die Beschlüsse der OECD-Umweltminister vom Mai 1979.

Der Beschluss selbst umfasst drei Abschnitte

- I Bedeutung der Kohle im Energiebereich
- II Grundsätze der Kohlepolitik
- III Verfahren zur Ueberprüfung der Kohlepolitik

Nur Abschnitt III ist als rechtsverbindlicher Beschluss des Verwaltungsrates formuliert; Abschnitte I und II sollen von den Regierungen als politisch bindend anerkannt werden, wobei die spezifischen Umstände im Energiebereich in den einzelnen Mitgliedländern zu berücksichtigen sind. Der Beschluss ist das Ergebnis sehr langer Verhandlungen und stellt einen Kompromiss zwischen Kohleproduzenten und -konsumenten dar. Eine oder zwei Fragen sind allerdings noch offen und dürften an der Ministerkonferenz selbst Anlass zu Diskussionen geben.

422 Abschnitt I: Bedeutung der Kohle

Neben den oben erwähnten allgemeinen Erwägungen werden zwei Vorbehalte gemacht sowie die Schlussfolgerungen gezogen:

Vorbehalte

Bei der Durchsetzung der Politik zum vermehrten Kohleeinsatz müssen Lösungen gefunden werden, welche sich mit den bestehenden verfassungsmässigen, politischen und wirtschaftlichen Strukturen sowie mit den Forderungen des Umweltschutzes vereinbaren lassen.

Schlussfolgerungen

Zum verstärkten Einsatz der Kohle in den Mitgliedländern sind folgende Massnahmen erforderlich:

- Länder, in denen Kohle noch keinen bedeutenden Beitrag zur Deckung des Energiebedarfs leistet, wird die Kohle als einer der wichtigsten Energieträger zur Substitution von Erdöl betrachtet;
- Länder, welche die Möglichkeit haben, ihre Kohleproduktion wesentlich zu steigern (vor allem Australien, Kanada, USA), werden ihre Produktion nicht nur für den Eigenbedarf, sondern auch für den Export erhöhen;
- andere kohleproduzierende Länder, wie Grossbritannien und die Bundesrepublik, werden auch auf Kohleimporte zur Reduktion ihrer Erdölimporte abstellen;
- alle Länder werden den Kohleeinsatz erhöhen; wenn ungenügend einheimische Kohle vorhanden ist, werden sie eine langfristige sichere Versorgung mit Importkohle suchen und einen sicheren Zugang zum Markt gewährleisten.

423 Abschnitt II: Grundsätze der Kohlepolitik

Die vorgeschlagenen Grundsätze der Kohlepolitik können wie folgt zusammengefasst werden:

- Erweiterung des Kohleeinsatzes als wesentlicher Teil der Energiepolitik;
- Klärung und Anpassung von Umweltschutz- und anderen Politiken bzw. von Vorschriften, welche dem Kohleeinsatz hemmend entgegenstehen könnten;

- Klärung der weiteren Umwelteinflüsse eines verstärkten Kohleeinsatzes;
- Energiepreispolitik, welche die Konkurrenzfähigkeit der Kohle nicht beeinträchtigt;
- Minimalisierung des Einsatzes von Erdöl zur Elektrizitätserzeugung und Ersatz durch andere Energieträger;
- Förderung der Infrastruktur zum vermehrten Kohleneinsatz;
- Förderung der Forschung und Entwicklung im Kohlebereich;
- Erleichterung des internationalen Kohlehandels vor allem über langfristige Kohleversorgungsverträge;
- Vermeidung neuer Hindernisse für den Kohleimport und -export;
- Einhaltung von langfristigen Kohleversorgungsabkommen ausser in Notfällen;
- Schaffung eines günstigen Investitions-Klimas für den vermehrten Kohleeinsatz;
- Ueberwachung des internationalen Kohlehandels;

Die nationalen Kohlepolitiken sollen durch spezifische Aktionen im Sinne der obigen Grundsätze durchgesetzt werden.

424 Abschnitt III: Ueberprüfung der Kohlepolitik

Die Mitgliedländer verpflichten sich, die Agentur regelmässig (nicht weniger oft als alle 2 Jahre) über ihre Kohlepolitik zu informieren, damit die Agentur die allgemeine Kohlesituation und die Verwirklichung der Grundsätze der Kohlepolitik in den Mitgliedländern überprüfen kann. Ferner verpflichten sich die Mitgliedländer, die Agentur zu orientieren und auch zu konsultieren, wenn sie ihre Kohlepolitik wesentlich ändern; wenn eine Notlage eintritt, welche sie veranlasst, langfristige Kohleabkommen zu sistieren; oder wenn Massnahmen eingeführt werden, welche den Kohlehandel zu unterbrechen drohen.

43 Haltung der Schweiz

Die schweizerische Delegation unterstützt die Bemühungen der IEA zu einem verstärkten Einsatz der Kohle. Die Kohle besitzt mittel- und längerfristig ein bedeutendes Potential zur Verminderung der Abhängigkeit der Mitgliedländer von Erdölimporten. Die Schweiz stellt sich daher hinter den vorgeschlagenen Beschluss zur Förderung der Kohle.

Die Möglichkeiten zum vermehrten Kohleeinsatz in der Schweiz sind, wie der GEK-Bericht zeigt, allerdings relativ gering. Bei einer starken Förderung der Kohle aufgrund eines neuen Verfassungsartikels wäre es möglich, bis zum Jahr 2000 den Kohleverbrauch auf das 10-fache des heutigen Verbrauches zu steigern. Dies würde jedoch jährlich Subventionen von rund 80 Mio sFr. bedingen. Die Schwierigkeiten für eine bedeutende Erhöhung des Kohleeinsatzes in unserem Land bestehen vor allem in der mangelnden Wirtschaftlichkeit und in der Umweltbelastung. Schliesslich ist zu berücksichtigen, dass die Schweiz, im Unterschied zu den meisten andern IEA-Ländern über praktisch keine ölbefeuerten Elektrizitätswerke verfügt und auch nicht beabsichtigt, solche Anlagen zu bauen. Unser Kraftwerkbauprogramm stützt sich vollständig auf die Kernenergie. Starke Massnahmen zur Förderung von Kohlekraftwerken tragen somit nicht dazu bei, unsere Erdölabhängigkeit zu reduzieren. Durch den direkten Uebergang von Wasser- auf Kernkraftwerke in den 60er Jahren wurde in der Schweiz im Unterschied zu den meisten anderen IEA-Ländern dem Anliegen der Reduktion der Erdölabhängigkeit von Anfang an Rechnung getragen.

5. Energiesparen

51 Allgemeine Bemerkungen

Auch das Energiesparen entspricht einem der Grundsätze, auf welche sich die IEA-Energieminister anlässlich ihres letzten Treffens vom 5./6. Oktober 1977 geeinigt haben.

In Anbetracht der angespannten Marktlage im Erdölbereich und des Widerstandes gegen die Erweiterung der Energieproduktion in verschiedenen Ländern vor allem aus Umweltschutzgründen, werden verstärkte Anstrengungen der IEA-Länder für eine rationellere Energieverwendung als besonders dringlich angesehen.

Der Energiebedarf der IEA-Länder hat seit 1973 wesentlich weniger stark zugenommen als vorher, vor allem auch aufgrund der langsameren wirtschaftlichen Entwicklung. Doch weisen die Untersuchungen der Agentur darauf hin, dass die bisherigen Sparresultate in den einzelnen Mitgliedländern in der Regel auch gut mit der entsprechenden Spar- und Preispolitik übereinstimmen. Die vorläufigen Resultate zeigen also, dass sich sowohl Preiserhöhungen wie Energie-Sparmassnahmen auf den Bedarf dämpfend auswirken. Die Mitgliedländer sollten daher sowohl der Preis- wie der Sparpolitik eine hohe Priorität zuordnen.

Das Arbeitsprogramm der Agentur im Bereich des Energiesparens umfasst:

- Studien zu einem bessern Verständnis der Zusammenhänge zwischen Energiebedarf, Energiepreisen und Wirtschaftswachstum;
- Empfehlungen von detaillierten Sparmassnahmen an die Mitgliedländer;
- Ueberprüfung der Sparprogramme der Mitgliedländer;
- Erfahrungsaustausch in der Untergruppe für Energiesparen in den verschiedenen Expertengruppen und in gemeinsamen Projekten (z.B. Fernheizung);
- Durchführung des Internationalen Energiesparmonates im Oktober 1979.

52 Schlussfolgerungen der Minister

Die Minister werden eingeladen:

- (I) dafür zu sorgen, dass in den Mitgliedländern die rationelle Energieverwendung mit Massnahmen der Preis- und Sparpolitik dringlich verbessert wird;

- (II) ihre Regierungen auf bestimmte besondere Spar-Massnahmen aufmerksam zu machen;
- (III) dafür zu sorgen, dass der Internationale Energiesparmonat auf nationaler Ebene wirkungsvoll unterstützt, der private Sektor einbezogen und eine möglichst starke Zusammenarbeit bei internationalen Veranstaltungen gewährleistet wird;
- (IV) dem Monat eine möglichst grosse Publizität zu verschaffen.

53 Haltung der Schweiz

Die schweizerische Delegation unterstützt die Anstrengungen der Agentur zur Verstärkung der rationellen Energieverwendung in den Mitgliedländern. Gerade in einem rohstoffarmen Land wie dem unsern hat das Energiesparen als Mittel zur Reduktion der Abhängigkeit von Erdölimporten einen besonders hohen Stellenwert. Die gegenwärtige Sensibilisierung der öffentlichen Meinung sollte zur Einleitung langfristiger Aktionen zu einer rationellen Energieverwendung benützt werden. Neben der angespannten Lage auf dem Erdölmarkt und den wiederholten Appellen der OPEC an die Adresse der Industrieländern zum Energiesparen gibt es zudem noch eine ganze Reihe von wirtschaftlichen und ökologischen Gründen, welche uns veranlassen sollten, unsere Anstrengungen in diesem Bereich zu verstärken.

6. Internationale Energiebeziehungen

Wie schon 1977 werden sich die Minister auch diësmal mit dem Stand der internationalen Zusammenarbeit im Energiebereich zu befassen haben. Sie werden sich bestimmt für eine Intensivierung dieser Zusammenarbeit aussprechen. Drei Aspekte gilt es besonders hervorzuheben:

- Die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern, kann sich u.a. auf den Informationsaustausch, die Entwicklung neuer und erneuerbaren Energiequellen und die für diese Länder relevanten Forschungs- und Entwicklungsbelange beziehen.

- Mit Bezug auf die Beziehungen zu den Oelproduzenten sind in letzter Zeit wieder vermehrt Stimmen laut geworden, die nach einem "Energiedialog" rufen. Die IEA-Länder werden angesichts der zunehmenden Interdependenz ihrerseits ihre Bereitschaft zum Gespräch bekräftigen, ohne allerdings eine spezifische Initiative anzukündigen. Dies könnte ohne sorgfältige Vorbereitung und ohne Abklärung zahlreicher heikler Probleme materieller, prozeduraler und politischer Art, die ein solcher Dialog aufwirft, nicht getan werden. Die nötigen Vorarbeiten haben innerhalb der IEA jedoch begonnen. Mit den Beziehungen zwischen Energieproduzenten und -verbrauchern zusammenhängende Fragen dürften auch in anderen Konferenzen der nächsten Zeit, namentlich an der OECD-Ministertagung und am Gipfeltreffen von Tokio erörtert werden.
- Die IEA wird in Zukunft noch vermehrt als Ort dienen müssen, wo die zahlreichen ganz oder teilweise Energieproblemen gewidmeten Aktivitäten anderer internationaler Organisationen (Weltbank, UNO-Konferenz über erneuerbare Energien usw.) verfolgt und gesichtet und wo, wenn immer möglich, eine gewisse Koordination der Haltungen der IEA-Länder angestrebt wird.

7. Diskussion über die Rolle der Kernenergie

Ohne auf der Traktandenliste vorgesehen zu sein, könnte im Zusammenhang mit der Diskussion über die Erdölsubstitution oder die Energiepolitiken auch eine Diskussion über die Rolle der Kernenergie entbrennen. Auch nach dem Vorfall in Harrisburg dürften verschiedene Länder die Ansicht vertreten, dass die IEA-Beschlüsse von 1977 über die Bedeutung der Kernenergie im energiepolitischen Spektrum nach wie vor Gültigkeit haben und dass die Kernenergie eine der wesentlichen für die Verminderung der Abhängigkeit der Mitgliedsländer von Erdölimporten verfügbaren Alternativen darstellt. Andere Länder gehen davon aus, dass Harrisburg die Situation grundlegend geändert hat und dass

die Substitution von Erdöl primär durch andere Energieträger (Erdgas, Kohle, regenerierbare Energien) sowie durch die rationelle Energieverwendung verwirklicht werden sollte. Nach Ansicht einer dritten Gruppe von Ländern sollte man sich vor voreiligen Schlussfolgerungen hüten und die Ergebnisse der von den US-Behörden eingeleiteten Untersuchungen wie auch den Schlussbericht der INFCE (International Nuclear Fuel Cycle Evaluation) abwarten. Dieser vorsichtigen Haltung kann sich auch die Schweiz anschliessen.

8. Zusammensetzung der schweizerischen Delegation

Es scheint zweckmässig, die Leitung der Delegation entweder dem Vorsteher des Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartementes oder des Volkswirtschaftsdepartementes, bei Unabkömmlichkeit der beiden genannten Departementsvorsteher dem Direktor des Eidg. Amtes für Energiewirtschaft, zu übertragen.

Ferner sollen der Delegation die folgenden Vertreter angehören:

Schweizerische Delegation bei der OECD, Paris:

Dr. A. Grübel, Botschafter

VED, Amt für Energiewirtschaft:

Prof. C. Zangger (oder Dr. H.L. Schmid)

EVD, Handelsabteilung:

Dr. B. von Tscharner, Minister

EPD, Finanz- und Wirtschaftsdienst:

J. Zwahlen, Minister

8. Antrag

Das Eidg. Politische Departement (Finanz- und Wirtschaftsdienst) und das Eidg. Departement des Innern (Amt für Wissenschaft und Forschung) sind mit dem Inhalt dieses Antrages einverstanden.

A n t r a g :

1. Von der in diesem Bericht umschriebenen schweizerischen Haltung wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.
2. Der beiliegende Entwurf zu einer Pressemitteilung wird genehmigt.

79.637. Einfache Anfrage Vincent vom 19. März 1979.
 Atomgesetz. Interpretation

EIDG. VERKEHRS- UND ENERGIE-
 WIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

Richard

EIDG. VOLKSWIRTSCHAFTS-
 DEPARTEMENT

Von... ..

Die Antwort auf die Einfache Anfrage Vincent wird geschickt
 (siehe Beilage).

An den Nationalrat

Protokollauszug an:

- VED 20 zur Kenntnis
- JPD 5 zur Kenntnis
- EVD 5 zur Kenntnis

Für getrennte Auszug,
 der Protokollführer

S. Müller

Protokollauszug an:

- EVED, Amt für Energiewirtschaft
- EVD, Handelsabteilung, Delegierter für wirtschaftliche Kriegsvorsorge
- EPD, Finanz- und Wirtschaftsdienst
- EDI, Amt für Wissenschaft und Forschung